

flüchtlingsrat hamburg

Offenes Plenum für antirassistische Arbeit

Flüchtlingsrat Hamburg e.V.

Nernstweg 32-34, 3. Stock, 22765 Hamburg

Tel: (040) 43 15 87, Fax: (040) 430 44 90

info@fluechtlingsrat-hamburg.de

www.fluechtlingsrat-hamburg.de

Büroöffnungszeiten:

Mo. 10.30 – 14.30 und Do. 10.30 – 12.30

Di. und Do. 17.00 – 19.00

PRESSEERKLÄRUNG

Hamburg, 24.11.08

Katastrophale Umsetzung der Bleiberechtsregelung für lange geduldete Flüchtlinge in Hamburg – Hamburg setzt auch unter CDU/GAL-Regierung weiter auf eine Flüchtlingspolitik der Abschiebung und Abschreckung

Am 24. November 2008 um 19:15 Uhr laden die stellv. Fraktionsvorsitzende der GAL-Hamburg, Antje Möller, und der Justizsenator Till Steffen (ebenfalls GAL) zu der Informationsveranstaltung „aktuelle Innen- und Flüchtlingspolitik der GAL-Fraktion“ ein.

Diese Veranstaltung fällt zeitlich zusammen mit der Beantwortung der Großen Anfrage (Drucksache 19/1348) der Fraktion „Die Linke“ zur Umsetzung der Bleiberechtsregelung 2006/2007 für lange geduldete Flüchtlinge in Hamburg durch den Senat. Aus der Antwort geht hervor, dass zum Stichtag 1. Nov. 2008 von der Ausländerbehörde Hamburg nur 1043 von insgesamt über 8515 lange in Hamburg lebenden Flüchtlingen (Stand: 30.09.2006 / Stichtag der Bleiberechtsregelung) eine Aufenthaltserlaubnis erhalten haben. Das sind nicht einmal 13%. Damit bildet Hamburg zusammen mit Berlin das Schlusslicht der deutschen Bundesländer bei der Umsetzung der Bleiberechtsregelung. Andere Bundesländer weisen laut Bundestagsanfrage (BT16/9586) wesentlich höhere Zahlen auf: z.B. Hessen (34%), BW(28%), NRW (26%), Bayern (22%).

Diese Zahlen sind die direkte Folge einer auf Abschreckung und Abschiebung ausgerichteten Flüchtlingspolitik, die auch unter GAL Verantwortung konsequent fortgesetzt wird:

Effektive Mittel dieser Politik sind:

- die Neuorganisation der Hamburger Ausländerbehörde. Zu der gehört:
 - die Zusammenlegung der zentralen Erstaufnahme und Abschiebeabteilung in der Sportallee; örtlich zwischen Abschiebehaftanstalt und Flughafen gelegen,
 - Zugangsverweigerung vor Ort durch den privaten Sicherheitsdienst, Untätigkeit und Rechtsverweigerung durch die Sachbearbeiter
 - die Schaffung eines Stabes für die Koordination europäischer Sammelabschiebungen.
- die rigide Durchsetzung von Abschiebungen u.a. ohne Rücksicht auf den Schutz der Familie, wie im Fall Grigorjan
- Fortsetzung der Auslagerung von Flüchtlingen in die zentrale Erstaufnahme Horst/Nostorf nach Mecklenburg-Vorpommern
- Vorführung von Flüchtlingen vor dubiose Delegationen, wie unlängst aus Sierra Leone, deren „Verwaltungshandeln“ nach neuesten Recherchen offensichtlich eingekauft wird.
- Beibehaltung des ursprünglich von der GAL abgelehnten Schülerregisters mit Zugriff u.a. der Ausländerbehörde mit der Folge einer erheblichen Abschreckung

Zurecht wurde der Hamburger Innensenator Ahlhaus im Rahmen der IMK in Potsdam von dem Zusammenschluss von Flüchtlingsjugendlichen „Jugendliche ohne Grenzen“ zum „Abschiebeminister des Jahres 2008“ gekürt.

Café Exil und Flüchtlingsrat Hamburg